

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. W. Schmalzer
Druck u. Verlag: Hugo Bucher
u. Verlagsbuchhandlung
Rud. Knappe & Sohn
Königsplatz
Zornfroh - Aue Nr. 10.

Abonnement: Durch unsere Agenten frei ins Haus monatlich 6.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 16.00 Mark, monatlich 5.00 Mark. Erscheint täglich in den Sonntagen außer an Feiertagen. Unsere Zeitungsanträge und Abbestellungen, sowie alle Postsendungen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Reklamationsfrist: Die Reklamationsfrist beträgt drei Tage nach dem Erscheinen der Zeitung. Bei späterer Reklamation ist der Schaden nicht zu reklamieren. Für die Reklamation ist der Schaden nicht zu reklamieren. Für die Reklamation ist der Schaden nicht zu reklamieren.

Nr. 152.

Sonntag, den 2. Juli 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung Dr. Peters teilte der Reichsregierung mit, daß die Entwaffnung Bayerns für durchführbar ansehe.

Das Abkommen mit Polen über den deutsch-polnischen Grenzverkehr ist nunmehr abgeschlossen.

Die interalliierte Kommission hat für Oberschlesien eine Urne stiftet, was bei den dortigen Deutschen gewaltige Erregung hervorruft.

Gestern wurden in England die Leisten der ehemaligen deutschen Unterseeboote vernichtet, darunter die Deutschland.

Präsident Harding wird sofort nach Annahme der Friedensresolution die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland beginnen.

Der amerikanische Senat hat die Kompromißresolution, die den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland sowie Österreich beendet, angenommen.

Friede mit Amerika.

Nach einer Neutermeldung aus Washington hat das Unterhaus den Bericht der Konferenzmitglieder der beiden Häuser über die Resolution, die den Kriegszustand mit Deutschland und Österreich beendet, angenommen. Angenommen scheint demnach die Kompromißbill zu sein, die durch Vermeidung der Resolutionen von Knorr und Porter entstanden ist. Es fehlt jetzt noch die Annahme dieser Kompromißresolution durch den Senat und die Unterzeichnung des Gesetzes durch den Präsidenten Harding. Die Annahme durch den Senat ist gesichert, ebenfalls wird auch die Unterzeichnung durch den Präsidenten Harding erfolgen, denn Amerikas neuer Präsident hat ja bereits in seiner programmatischen Vorlesung auf die Notwendigkeit des Friedenszustandes hingewiesen. Es hat immerhin noch mehrere Monate gedauert, bis diese Friedensklärung zustande gekommen ist, nachdem unter der Wilsonschen Ära ein heftiger Kampf um die Resolution Knorr getobt hatte. Nachdem mehr als 2 Jahre verstrichen sind, seitdem das Versailles-Vertraginstrument von den Weltverteilern aufgesetzt worden ist, wird nunmehr offiziell erst der Friede mit den Vereinigten Staaten geschlossen. Erst jetzt kann also die offizielle Annahme der diplomatischen Beziehungen erfolgen, die inoffizielle amerikanische Kommission in Berlin, die bisher von Drexel geführt wurde, kann nunmehr abgelöst werden durch einen amerikanischen Botschafter. Der Vertreter Washingtons in Berlin wird wahrscheinlich Hill sein, der Deutschland sehr genau kennt und der sich gerade in diesen Tagen in Deutschland längere Zeit aufgehalten hat. Ueber den deutschen Vertreter in Washington andererseits kann zur Stunde noch nichts gesagt werden. Soviel ist aber sicher, daß auf diesen Posten ein Mann gebracht werden muß, der die Kraft und die Fähigkeiten hat, die notwendigen Beziehungen der Vereinigten Staaten mit Deutschland wieder aufzunehmen. Es ist falsch, wenn jetzt an die offizielle Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes von deutscher Seite sehr weittragende Erwartungen gebunden werden. Was jetzt geschehen ist, ist nur ein erster Schritt, das diplomatische Band ist nur wieder hergestellt, die offizielle Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen wird immerhin noch einige Zeit auf sich warten lassen. Diese Dinge laufen nicht so schnell, es braucht ja nur daran erinnert zu werden, daß China bereits im Jahre 1919 den Kriegszustand für beendet erklärt hat, und daß erst jetzt das deutsch-chinesische Abkommen zum Abschluß gelangt ist. Staatsrechtlich betrachtet bedeutet die Annahme der Kompromißbill einwörtlich nichts anderes als eine einseitige Willensäußerung Amerikas. Dieser Willensäußerung müssen naturgemäß weitere Verhandlungen folgen zwischen den beiden Staaten, die nach Erledigung der noch ausstehenden Formalitäten wieder miteinander im Friedenszustand befindlich sind.

Hinter den Kulissen des Aufstandes

Der Zerfall im Insurgentenlager. Der offensichtliche Zerfall im polnischen Lager in Oberschlesien beruht in erster Linie auf dem Gegensatz zwischen den gebürtigen ober-schlesischen Polen und den kongreßpolnischen Offizieren. Von polnischer Seite wird darüber berichtet: Am 31. Mai legte bekanntlich der polnische Generalstabchef Graf Mielczinski (Romina Dolowa) sein Amt nieder. Mit ihm traten mehrere kongreßpolnische Offiziere von der Front den andauernden Wänderungen ein Ende zu machen, die die polnische Sache im Lande selbst und vor allem vor dem Auslande schwer kompromittierten. Die zurückgebliebenen kongreßpolnischen Offiziere sagten sich von den Wänderern los und drohten, in

Warschau weitere Schritte gegen die ober-schlesischen Insurgenten zu unternehmen. Gelegentliche Meutereien in Hindenburg und an anderen Orten kamen hinzu und verschärfte die Spannung. Korfanti fuhr im Auto umher und rief beiden Parteien Mäßigung an. Franzosen stellte die Warschauer Regierung an. Franzosen stellte die Warschauer Regierung an. Franzosen stellte die Warschauer Regierung an.

Durch die Erweiterung der Machtbefugnisse des Aktionsausschusses wurde die Kluft zwischen den Kongreßpolen und Oberschleslern immer größer. Sie waren einander feindlich, eigenmächtige Kommandanten-Abteilungen, Mißhandlung von Gefangenen und anderes vor. Objektiv betrachtet gaben sie einander an Disziplinlosigkeit nichts nach, nur daß der bolschewistische Einschlag bei den ober-schlesischen Insurgenten größer war. Die vielfach abgelehnte Hissung der roten Flagge und ähnliche Demonstrationen führten dann zu einer Offizierskonferenz in Laband, die Korfanti leitete, auf der aber eine Klärung erst recht nicht zustande kam. Auch die Mitglieder des Vollzugsausschusses wurden von den kongreßpolnischen Offizieren öffentlich als Bolschewisten bezeichnet. Die Oberschlesier wieder, unter denen sich viele früher dem Bolschewismus tatsächlich nahegehende Führer befanden, die noch heute in guten Beziehungen zu den Weimarer Kommunisten stehen, gebrauchten gegen die Kongreßpolen das Schimpfwort Antef, das während des Aufstandes zur Bezeichnung der aus Kongreßpolen und Gallisten gekommenen Hissstruppen aufgefunden ist. Korfantis Stellung gegenüber Warschau erlitt einen Stoß dadurch, daß er dem Aktionsausschuss das Recht der Gegenseignung aller Verordnungen gewährte, während man in Warschau dieses Recht einem kongreßpolnischen Offizier eingeräumt wissen wollte. Es kam nach der Konferenz in Laband zu Erschießungen von Kommandanten, von denen man nicht feststellen konnte, wer sie umgebracht hatte. Inzwischen mußte die Interalliierte Kommission die Säuberungsaktion beginnen.

In Warschau ist man sich seit Anfang Juli längst darüber klar, daß die gepriesene Volkswirtschaftsreform eine Gefährdung der diplomatischen Lage für Polen geworden ist und den Warschauer Diktatoren immer stärker aus der Hand gleitet. Der Aufstand kostet den Warschauern auch vor allen Dingen zuviel Geld. Alle Kampfhandlungen, die in den letzten Tagen bei Zarnowitz, Gletwitz, Beuthen vorliefen, sind nichts anderes als Versuche irregulärer Banden, irgendwelche Aktionen zu betreiben, nichts weiter als Bestrebungen unbekannter Wähler und von Winickiewicz und Rymer bezahlter und beauftragter Leute, die Aktionsfähigkeit der Massen (ein bekanntes kommunistisches Schlagwort) zu beweisen. Weil die J.A.R. darüber von den Untertanen (den kongreßpolnischen Offizieren) unterrichtet ist, geht sie nun endlich an den Säuberungsplan heran. Sie macht aber dabei die Erfahrung, daß die französischen Soldaten nicht so recht mitwirkten. Diese haben nämlich während der langen Zeit in Oberschlesien nicht nur mit den Polen Kameradschaft und Brüderlichkeit geschlossen, sondern sich von ihren kommunistischen bzw. bolschewistischen Ideen beeinflussen lassen. Ueber all das wüten die Untertanen, die eine schwere Gefährdung ihrer Politik von dem Wandenwesen befürchteten. Im ganzen liegt also die Liquidation des Aufstandes durch die J.A.R. in der jetzigen Form durchaus in der Linie der Warschauer Politik, wenn sie auch den aktivistisch gestimmten ober-schlesischen Insurgenten nicht gefallen will. Diese haben durch die Insurrektion nach der Meinung der Warschauer Politiker genügend für die Einschüchterung der westeuropäischen Diplomatie getan, um dieser eine weitgehende Unterstützung an Deutschland für ein riskantes Spiel erscheinen zu lassen. Jetzt sind sie erst wieder zu brauchen, wenn noch einmal eine Gefahr für die endgültige Entscheidung drohen sollte.

Die Entscheidung der J. A. R.

Angedachte Einigung über das Schicksal Oberschlesiens. Nach einer von dem Korrespondenz-Büro Stenrope verbreiteten, angeblich in Paris eingegangenen Meldung aus Sosnowice sollen sich die Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oppeln bereits auf den Wortlaut des Berichtes über die Grenzfeststellung von Oberschlesien geeinigt haben. Man hoffte, den Bericht um den 10. Juli fertigstellen zu können.

Deutsche Ware aus Frankreich?

Bei Dr. W. Schmalzer. Ein Zufall führte mich neulich in ein Kurzwarengeschäft. Da erbeutete ich ein Paket Nadeln — Stecknadeln mit bunten Glasköpfchen —, das sich bei näherem Zusehen als höchst interessant erwies. Die Nadeln waren kreisförmig auf einem Pappparton angeordnet, der auf der einen Seite ein durchsichtiges Celluloseblättchen trug. In der Mitte drangte ein Anker mit der Umschrift: Trade Mark. Darunter in kleiner Schrift: Fabrique en Allemagne. Auf der Rückseite durch das durchscheinende Blättchen lesbar: Loubre (das bekannte Pariser Warenhaus). Es entsteht nun die Frage: Sind die Nadeln noch in der guten alten Zeit für den Pariser Loubre in Deutschland hergestellt worden und auf irgendwelchen Umwegen zu den Hamburger Engros-Häusern, von dem die fragliche Sendung kam, gelangt, oder ist die Ware tatsächlich nach dem Kriege nach Frankreich geliefert und von da wieder nach Hamburg zurückgeführt, oder wie hängt die Sache sonst zusammen? Aus der Friedenszeit können die Nadeln eigentlich nicht stammen, dagegen spricht ihr hoher Preis, der auch durch Schiebergeschäfte nicht erklärt werden kann. Man ist versucht, an die Worte Christian Beckers zu denken, der schon 1680 sagte: Denn das ist nun so bekannt als die Sonne am Mittag, daß die Franzosen ihre Sachen mehrheitlich in Deutschland bestellten und hernach beschwerten, daß ihnen die Augen bluten machten, es wäre mitten in Paris gemacht worden. Ach, wie viele Camisiers sieht man bei den Deutschen Schneidern liegen, die hernach um das doppelte Geld verkauft werden, weil sie den Namen haben, als wären sie in Frankreich gemacht. — Denn das wäre verhältnismäßig noch eine harmlose Erklärung, daß die Nadeln sämtlich nur Spiegelreflexe sind, um den hohen Preis zu erklären. Auf jeden Fall sollte man beim Kauf darauf achten, daß man nur deutsche Ware kauft und daß die Ware nicht geschoben ist. Das deutsche Ursprungszeichen ist heute nicht nur ein Qualitätszeugnis, sondern auch ein Beweis dafür, daß wir unserer Weiderausrüstung und unserer Erziehung von schwerem Druck dienen, wenn wir nur solche Waren kaufen und verbrauchen.

Kleine politische Meldungen.

Der Preis des Umlagegetreides. Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates und der Reichsrat haben den Regierungsentwurf über die Preise für das Umlagegetreide angenommen. Die Tonne Roggen (bisher 1400 M.) kostet für 1920/21 2100 M.; Weizen 10 Prozent mehr, also 2300 M., Gerste und Hafer 2100 bis 1800 M. Ein Vertreter der Landwirtschaft hielt die Preise für zu niedrig.

Das deutsch-französische Schiedsgericht. Das gemischte Schiedsgericht, das im Friedensvertrag vorgesehen ist und aus einem Franzosen, einem Deutschen und einem Neutralen besteht, hat seine erste Sitzung am Freitag im Rheinpalast in Straßburg abgehalten. Dieses Schiedsgericht ist die oberste Instanz für alle Streitfragen bezüglich der vor Inkrafttreten des Friedensvertrages zwischen Staatsangehörigen der Verbändmächte und deutschen Reichsangehörigen geschlossenen Verträge, im vorliegenden Falle also für Verträge zwischen Elsaß-Lothringern und Deutschen. Die Interessen, welche auf dem Spiele stehen, belaufen sich auf mehrere hundert Millionen.

Die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren. Mit der Auflösung der Einwohnerwehren Bayerns hört am 1. Juli d. J. die Landesfestung zu bestehen auf. Die Auflösungsarbeiten werden durch eine Hauptabrechnungsstelle, die Bewertung des vom Staate geliehenen Materials zugunsten der Staatskasse durch eine Bewertungsstelle durchgeführt.

Englands Absichten auf Helgoland. Daily Express meldet aus einflussreichen Kreisen, daß die englische Admiralität für eine Rückgewinnung Helgolands in Verhandlungen mit Deutschland einträte. Ein Bericht des ersten Lords der Admiralität an die englische Regierung sei abgegeben.

Karl der Heimatslose. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Karl von Habsburg die Schweiz nicht bis zum 20. August verlassen, sondern den Bundesrat um Verlängerung seiner befristeten Aufenthaltserlaubnis ersuchen wird. Die Einzelgesuche, die Karl sowohl an Spanien wie an England gerichtet hat, sind abgewiesen worden. Mit Griechenland wird noch verhandelt; doch scheint auch dieses Land nicht geneigt, Karl aufzunehmen. Ob unter diesen Umständen der schweizerische Bundesrat dem Habsburger den Genus des Asylrechts weiterhin einräumen wird, obwohl Karl es nach Auffassung der Mehrheit des Schweizer Volkes durch seine ungarischen Streiche verletzt hat, bleibt abzuwarten.

Ein Bündnis England-Japan-Amerika. Die britische Reichsregierung hat über den Beschluß, das bestehende Bündnis mit Japan vorläufig auf drei Monate zu verlängern, um in der Zwischenzeit über einen neuen Vertrag mit Japan zu verhandeln, Richtlinien für diese Verhandlung aufgestellt, die den Abschluß eines dreiseitigen Vertrages zwischen England, Japan und Amerika antreiben.

Der Anschlag auf den serbischen Prinzen. Zu dem Anschlag auf den Prinzenregenten wird ergänzend aus Belgrad gemeldet, daß unter den Verwunden sich auch der Schweizer Prof. Boissier befindet, der schwer verletzt wurde. Die Annahme, daß es sich nur um die Tat eines einzelnen handelt, bestätigt sich nicht. Gestern verhaftete die Polizei drei weitere Personen als Mitschuldige des Attentäters.

Kriegsdrohung des Ententes an die Türkei. Die Alliierten haben die türkische Regierung gewarnt, daß sie eine Verletzung der neutralen Zone um Konstantinopel als Kriegsfall ansehen würden. Jetzt Vahka hat sich daraufhin an die Regierung von Argona mit der Bitte gewandt, die Warnung der Alliierten zu respektieren. Die Kommissare haben, wie Daily Express mitteilt, versprochen, die Grenze des neutralen Gebietes nicht zu überschreiten.